

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

10.12.1865 (No. 292)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 10. Dezember.

N. 292.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einkaufsgebühr: die gestaltete Beizelle oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Telegramme.

Kiel, 9. Dez. (W. R. V.) Admiral Jachmann siedelt während der Gesundheitsreise des Prinzen Adalbert nach Berlin über, um dessen Posten in der Marineabtheilung des Kriegsministeriums zu ersetzen. — Verhandlungen wegen dem Eintritt der Elbherzogthümer in den Zollverein sind noch nirgends begonnen und die bezüglichen Mittheilungen der „Weberzeitung“ über deren Scheitern also falsch.

Brüssel, 9. Dez. Das Bulletin des heutigen „Moniteurs“ meldet eine erhebliche Verschlimmerung in dem Allgemeinbefinden des Königs. Nach Privatnachrichten läge derselbe bereits im Kodeskamp. Man hegt große Besorgnisse für die Nacht. Der Ministerrath ist versammelt.

Dublin, 8. Dez. Morre ist zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurtheilt worden. Der Prozeß der Fenier Kearney und D'Null hat begonnen. Die Spezialkommission wird ihre Sitzungen vom nächsten Mittwoch bis auf den 10. Januar vertagen.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 9. Dez. 5. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung sind anwesend: Sr. Excellenz Staatsminister Dr. Stabel und der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey.

Der Präsident eröffnet die Sitzung und nimmt auf Grund des § 69 der Verfassungsurkunde die Eidesabnahme des Abg. Henne (für den Wahlbezirk Pforzheim) vor.

Die Tagesordnung führt zum Bericht über den Vertrag bezüglich des Drucks der von der Kammer zu vergebenden Drucksachen.

Der Abg. Fricke erstattet im Namen der Kommission Bericht, dahin lautend, daß in Folge der Rückwirkung der Arbeitsleistung von Seiten der Leipziger Erzer, sowie nach Aufforderung der Regierung, wornach ihr mehr Exemplare der Kammerverhandlungen zur Abgabe an Behörden nöthig sind, in den einzelnen Absätzen des § 8 des mit Buchdrucker Fr. Gusch abgeschlossenen Druckvertrags einzelne Erhöhungen der Preise eingetreten sind. Nach Verlesung des Druckvertrags wird der Kommissionsantrag, auf Annahme desselben mit den erwähnten Modifikationen, ohne weitere Diskussion angenommen.

Staatsrath Dr. Lamey verliest und übergibt sofort die schriftliche Ausfertigung der, wie früher berichtet, zuerst auf telegraphischem Weg eingetroffenen und dem Haus in der 3. Sitzung angezeigten Ernennung des Abg. Hildebrandt zum Präsidenten der Zweiten Kammer.

Darauf ertheilt der Präsident dem Abg. Prestinari das Wort. Derselbe kündigt wegen der bereits in der Ersten Kammer geschienenen Anfrage an die großh. Regierung über die Gründe der Ausscheidung des Hrn. v. Roggenbach aus dem Ministerium ebenfalls eine Interpellation an, und zwar aus folgenden Motiven: einmal, weil es durchaus wünschenswerth sei, daß Klarheit in dieser Situation erzielt werde, und ferner, daß dem Abg. v. Roggenbach die Gelegenheit geboten werde, selbst unmittelbare Auskunft in dieser Sache zu geben. Er bitte daher die Regierung, sich zu äußern, ob sie darauf eingegangen gewillt sei, indem er anerkennen müsse, daß erst nach geschickter Erklärung Seitens der großh. Regierung in der Ersten Kammer hier in Frage gestanden wäre, ob und welche persönliche Erläuterungen der Abg. v. Roggenbach zu geben veranlaßt sei.

Staatsminister Dr. Stabel findet die Interpellation sehr nicht zweckmäßig, weil es doch wünschenswerth sei, daß das Resultat dieser in der Ersten Kammer angeregten Frage abgewartet werde. Eine konstitutionelle Pflicht, die Interpellation des Abg. Prestinari zu beantworten, könne die großh. Regierung nicht finden; das hohe Haus möge die Stellung dieser Interpellation verschieben.

Führ. v. Roggenbach: Dem verehrlichen Abgeordneten für Bruchsal habe ich alle Ursache, dafür, daß er diese Frage hier zur Sprache gebracht hat, dankbar zu sein. Da in dem andern hohen Hause in kurzer Zeit eine Angelegenheit diskutirt werden soll, die mich so nahe berührt, konnte ich nur wünschen, hier in diesem Hause die Auskunft selbst zu geben, die dort Sache der großh. Staatsregierung ist. Ich glaube, es wird in mancher Hinsicht auch die Stellung, die die großh. Regierung im andern Hause einnehmen wird, erleichtern, wenn ich selbst die Gründe meines Rücktritts vom Amte hier zusammenfasse. Es ist auch sonst nützlich, daß ich mich ausspreche.

Das Land muß über die Ursachen, welche seine öffentlichen Charaktere und politischen Persönlichkeiten, die einmal in mehr oder weniger hervorragender Weise in demselben thätig gewesen sind, zu ihren wichtigeren Schritten bewegen, volle Aufklärung erhalten. Ueberdies muß, nachdem man im übrigen Deutschland dem Verjude eines gewissermaßen neuen Regierungssystems, das in diesem Lande im Jahr 1860 gemacht wurde, mit einem gewissen Interesse gefolgt ist, jeder Schein vermieden werden, als ob eine der Personen, denen man mit

Grund oder Ungrund einen hervorragenden Antheil daran zugeschrieben hat, diesen Versuch im Stillen lasse. Ich hoffe, es wird aus dieser Diskussion hervorgehen, daß ich diesen Versuch durchaus nicht für gescheitert halte, sondern das volle Vertrauen habe, daß er sich mit Erfolg durchführen lasse, wenn auch bei jeder politischen Unternehmung ersterer Art kleine Strömungen und Rückläufe nicht zu vermeiden sein werden. Es wird vielleicht Mancher, der mit der Sache nicht näher vertraut ist, sich wundern, daß ich von einem Versuch spreche, nachdem so vielfach mit Zuversicht von dem Gelingen und von den erfreulichen Resultaten dieses Systems die Rede war. Indes wird meine Anschauung darüber klar werden, wenn ich die weitere Erörterung an die Proklamations von 1860 knüpfe und sage, wie ich den Gedanken derselben auffasste.

Es ist Ihnen bekannt, daß das bestehende territoriale System in Deutschland der Reizung der Völker nur ganz bedingungsweise entspricht. Ich glaube, wenn die bestehenden Staatszustände auf die Dauer haltbar werden sollen, so muß eine Ausgleichung zwischen dem Bedürfnis einer vollständigen nationalen Geltung Deutschlands und der bestehenden Ordnung stattfinden, und insbesondere auch die letztere den freihheitlichen Zeitbedürfnissen entsprechen. Daraus scheint mir für uns die Nothwendigkeit hervorzugehen, daß wir in beiden Richtungen, der nationalen und der freihheitlichen, größere Resultate anstreben, als vielleicht eine frühere Periode aufzuweisen hatte, die ich damit nicht herabsetzen will. Jede Zeit hat ihre Verdienste, und jede frühere Phase hat Gutes und Uebles hinterlassen. Um den Versuch, diesem Ziele näher zu kommen, zu machen, war Zwiesaches erforderlich. Man mußte suchen, die nationale Forderung und den Bestzustand der Einzelstaaten zu versöhnen, und ferner, mußte man den festen Glauben haben, daß es eine Form gebe, in welcher die feste staatliche Ordnung und die freihheitliche Entwicklung zusammenkommen. Was den ersten Theil dieser Aufgabe betrifft, so ist hier heute nicht die Stelle, um die Phasen, welche die nationale Frage in den letzten Jahren durchlaufen hat, vor Ihnen zu entrollen; sind sie doch in Aller Gedächtniß. Was nun den zweiten Theil betrifft, so war die Ausgleichung, von der ich sprach, in der Methode des Regiments zu suchen. Es ist dies die konstitutionelle, aber nur in einer ganz bestimmten Form, nämlich in der durch die Wissenschaft festgestellten, absolut forrechten. Wenn nicht große Mängel im Regiment zum Vorschein kommen sollten, gibt es nur diese ganz bestimmte Art des Konstitutionalismus und keine andere.

Man hat zwar gesagt, in kleinen Staaten lasse sich das konstitutionelle System (man nennt gar Vieles mit diesem Namen, was es nicht ist) nicht handhaben, und es müßte ein Mittelweg eingeschlagen werden. Doch dieser wird nie im Stand sein, die Aufgabe jener Versöhnung, von der ich gesprochen habe, zu erfüllen. Das Wesen der konstitutionellen Methode liegt nun darin, daß der Thron freiwillig in der Ueberzeugung, daß sie für ihn und das Land die nützlichste sei, sich entschließt, diejenige politische Richtung, welche die Majorität repräsentirt, wie sie in den Kammern zum Ausdruck kommt, an das Ruder beruft, dieselbe in dieser Thätigkeit streng überwacht, damit keine Gefährdung höherer Staatsinteressen eintrete, ihr aber auch volle Freiheit und Verfügung über die konstitutionellen Mittel, deren sie für ihre Aufgabe bedarf, anheimgibt. Die nothwendige Voraussetzung, daß die Krone dies kann, ist natürlich das Vorhandensein einer bestimmten Richtung in dem Land und deren Ausdruck in einer eng geschlossenen und zur Unterstützung der Regierung vereinigten Partei in den Kammern.

Die Regierung, welche im Jahr 1860 die Staatsgeschäfte übernommen hat und der ich später beigetreten bin, hat zur Zeit, als ich in das Amt trat, die Ueberzeugung haben können, daß sie sowohl auf die Zustimmung zu ihren Zielen, als auf die bereitwillige Unterstützung für die Erreichung derselben rechnen könne. Nur unter dieser Voraussetzung bin ich in das Amt getreten, allerdings immer mit der persönlichen Bemerkung, daß ich nicht die Absicht habe, für lange Zeit an dieser Stelle zu verbleiben. Dafür hatte ich Gründe, die sich der politischen Betrachtung entziehen und die jeder Person frei überlassen sein müssen. Indessen darf ich noch bemerken, daß ich stets bereit sein werde, der höhern Aufforderung politischer Pflichten mich unterzuordnen. Nun habe ich für meinen Theil im Lauf der letzten Session die Ueberzeugung gewonnen, daß in sehr wichtigen Fragen die Regierung die Unterstützung bei ihrer bisherigen Partei nicht mehr vollständig hat. Ich bin der Meinung, daß in diesem Hause — die Gründe hierfür will ich nicht näher untersuchen — ein so bedingtes Vertrauen zum Ausdruck gekommen ist, um die Voraussetzungen gedeihlichen Wirkens für mich geschwächt erscheinen zu lassen. Ich kenne kein bedingtes Vertrauen, so lange ich auf der Regierungsbank bin. Der Majorität der Kammern steht jeden Augenblick die Wahl frei, ob sie bei einer von der Regierung ausgehenden Initiative es für zweckmäßig hält, derselben zu folgen, oder ob sie dieser Regierung damit, daß sie ihr die Unterstützung entzieht, einen Wink geben will, sie komme ihrem Vertrauen nicht nach. Unmittelbar nach dem Schluß des letzten Landtages war ich in der Lage, da ich mich besonders verpflichtet halte, für das Gelingen des streng konstitutionellen Versuches, wie ich densel-

ben auffasste, einzustehen und ihn nicht zunächst in meiner Person zu fällen. Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog zu erklären, daß ich nicht glaube, es seien noch ferner die Prämissen für mein Verbleiben im Ministerium vorhanden. Es war meine Pflicht, durch eine persönliche Aenderung die Gelegenheit zu geben, daß der Richtung, welche sichtlich bei der Majorität dominierte, und welche, von einer andern als meiner eigenen Ueberzeugung getragen wird, die Leitung der Staatsangelegenheiten überlassen würde.

Daß mein Austritt damals nicht sofort erfolgte, hatte lediglich den Grund, daß zu jener Zeit Familienereignisse in dem großh. Hause eintraten, welche eine Unterbrechung in der Leitung meines Departements nicht möglich machten. So verzögerte mein Austritt sich bis zu dem Zeitpunkte hin, wo die Aufstellung des Budgets es wünschenswerth machte, daß nicht der Ausgetretene, sondern sein Nachfolger der Arbeit sich unterziehe. Seine königliche Hoheit geruhten in vollkommenem Verständniß der Befehlichkeit des konstitutionellen Systems, den Anschauungen, die ich ihm über meine persönliche Stellung vortrug, Rechnung zu tragen und meine Entlassung zu genehmigen. Ich war selbstverständlich nicht in der Lage, in dieser Stellung Vorschläge über meinen Nachfolger zu machen. Dies würde nur der Fall gewesen sein, wenn die ganze Regierung aufgelöst worden wäre; dann wäre es eine Verpflichtung für die Abtretenden, der Krone Rathschläge bezüglich der Nachfolger zu ertheilen. So lange aber das Ministerium in seiner Totalität verblieb, war nur die Lücke auszufüllen, und ich glaube keine Indiskretion zu begehen, wenn ich hier mittheile, daß Seine königliche Hoheit nur den einen Wunsch aussprachen, daß die Regierung sich einig und stark rekonstituiren möge, und mit der Persönlichkeit, auf welche ihre Wahl falle, in den Grundfragen und in der Richtung zusammen wirken möge. Ich meines Theils habe aus Aeußerungen verschiedener Art die Ueberzeugung gewonnen, daß die Regierung den Standpunkt, welchen sie in der letzten Session unter meiner Mitwirkung innegehalten hat, auch fernerhin festhalten wird, und ich freue mich, erklären zu können, daß ich sehr gerne bereit bin, sie darin zu unterstützen. Das Haus hat nicht die Verpflichtung, seinen früheren Standpunkt in allen Fragen absolut festzuhalten, und ich hoffe, daß es der Staatsregierung seine Unterstützung in einer Weise zu Theil lassen werde, welche ihr mehr freie Hand läßt, als in der vergangenen Session der Fall war.

Staatsminister Dr. Stabel: Wie Sie aus dem Munde des Hrn. v. Roggenbach so eben vernommen haben, hat er schon bei seinem Eintritt in das Ministerium offen und bestimmt erklärt, daß es nicht seine Absicht sei, längere Zeit in demselben zu verweilen, sondern daß er sein Amt niederlegen werde, sobald er die Zeit für geeignet erachte. Diese Erklärung hat Hr. v. Roggenbach öfter und mit solcher Bestimmtheit wiederholt, auch später bei verschiedenen Gelegenheiten, daß das großh. Staatsministerium zu seinem aufrichtigen Bedauern an der Ernstlichkeit dieser Absicht nicht mehr zweifeln konnte. Es handelt sich deshalb nicht um die Erläuterung der Motive eines plötzlich und unerwartet gefassten Entschlusses, sondern um die unmittelbare Veranlassung zur Ausführung einer längst beschlossenen Thatsache. Diese Veranlassung ergab sich am Schluß des vorigen Landtages: er glaubte, wie Sie eben von ihm selbst vernommen haben, annehmen zu müssen, daß die Regierung in der Zweiten Kammer nicht diejenige Unterstützung gefunden habe und nicht dasjenige Vertrauen, das nothwendig sei, um die Staatsgeschäfte ferner durch die nämlichen Minister fortführen zu können. Hr. v. Roggenbach hat dem Staatsministerium diese seine Ansicht mitgetheilt und wir haben darüber berathen. Die übrigen Mitglieder des Staatsministeriums waren der Ansicht, daß in dem Verhalten der Zweiten Kammer kein greifbar konstitutioneller Grund vorliege, um sofort am Schluß des Landtages, nachdem die Stände sich entfernt hatten, von den Geschäften zurückzutreten; sie glaubten vielmehr, daß es ihre Pflicht sei, abzuwarten, wie sich die Sachen bei dem künftigen Landtage, also dem gegenwärtigen, gestalten werden, ob sich da die Anschauungen des Hrn. v. Roggenbach bestätigen werden, und bejahenden Falls wird dann das Staatsministerium in der Lage sein, Sr. königl. Hoheit dem Großherzog diejenigen Schritte zu empfehlen und denjenigen Rath zu ertheilen, welchen das Staatsministerium nach Lage der Sache für angemessen erachtet. Das ist der Stand der Sache. Ich glaube nichts gesagt zu haben, was nicht in voller Harmonie mit Demjenigen ist, was Hr. v. Roggenbach selbst erklärt hat.

Was die weitere Frage betrifft, so glaube ich, wird eine Antwort nicht nothwendig sein; wir haben uns in unserer Anrede an die Ständeversammlung so offen und klar ausgesprochen, daß über den Gegenstand derselben kein Zweifel obwalten kann.

Der Abg. Knies ist mit der Art der Interpellation des Abg. Prestinari bei der großen Bedeutung der Frage nicht einverstanden, zumal es an einer ministeriellen Erklärung als authentische Interpretation hinsichtlich der Ausscheidung des Abg. v. Roggenbach fehle; auch finde er die Interpellation so unvorbereitet in dieser Sitzung, als der letzten in diesem Jahre, nicht angemessen. Der Umstand aber, was man über seine eigene politische Stellung und Ehre reden könnte, nach

dem der Abg. v. Roggenbach gesprochen, verbleibe ihm, jetzt ein Schweigen zu beobachten, das irgendwie mißdeutet werden könnte. Hierzu mahne ihn ganz besonders ein Artikel der Karlsruher Zeitung. Unmittelbar nach seiner Enthebung erschien in dieser Zeitung eine offizielle Erklärung, gegen welche er nichts sagen wolle. Des andern Tags aber erschien in demselben Blatt ein aus einer andern Zeitung entnommener Artikel, der eine vollständige Entstellung der Sachlage enthalte, ihn selbst als einen vollendeten Vertreter des Bureau- und Stockregiments darstelle und die ganze Stimmung des Landes öffentlich bloßstelle. Ferner werde Hr. v. Roggenbach mit seiner Enthebung in Beziehung gebracht. Deshalb bringe er dieses hier zur Sprache und erbitte sich von der Regierung Erklärung.

Den Vorwurf, als ob die Interpellation in dem jetzigen Zeitpunkt sich nicht wohl rechtfertige, findet der

Abg. Preßinari nicht begründet, da anzunehmen sei, daß die vor mehreren Tagen schon in der Ersten Kammer angekündigte Interpellation auch zur Kenntniß des Abg. Knies gelangt sein werde. In gleichem Maße müsse er den weitem Vorwurf zurückweisen, als sei dem ehemaligen Minister des Auswärtigen, v. Roggenbach, das volle Vertrauen und die hinreichende Unterstützung des Hauses nicht zu Theil geworden; er wenigstens sei der Ueberzeugung, daß die Kammer in ihrer großen Majorität es an thätiglicher und bereitwilliger Unterstützung nicht habe fehlen lassen.

Staatsrath Dr. Laméy: Ich will nur in der Kürze gegen über der hier stattgefundenen Diskussion zwei Dinge konstatiren. Einmal bitte ich Sie, überzeugt zu sein, daß es nicht die Meinung, an unserem Amte festzuhalten, ist, daß wir nicht der Ansicht des Hrn. v. Roggenbach beigetreten sind, daß wir ihn im Gegentheil um die angenehme Freiheit beneiden, in der er sich jetzt bewegen kann. Zum Zweiten muß ich mein Bedauern aussprechen, ich darf es wohl sagen, daß einmal die Karlsruher Zeitung Unlaß zu einem so lebhaften Krieg gegeben hat. Ferner Artikel in der Karlsruher Zeitung ist ohne mein Wissen und Willen erschienen, er ist aber einmal erschienen, und daß er keinen Regierungsgedanken enthalten sollte, schien mir aus der Sache klar zu sein. Ich hätte die Erörterung von persönlichen Fragen in der Karlsruher Zeitung meiner Seite für unpassend gehalten, wie ich sie in diesem Hause nicht für passend halten würde; es würde sehr bald eine Erörterung hervorgehen, welche zu nichts führt, weil bei allen persönlichen Fragen die subjektive Auffassung die Dinge verwirrt. Ich glaube, daß etwas Weiteres der stattgehabten Diskussion nicht beizufügen ist und bescheide mich mit dem Resultate, welches sie ergeben hat.

Im Auftrage der Kommission zur Prüfung der Archivarsrechnung pro 1863/64 erstattet der Abg. Seitz Bericht. Dem Archivar Goldschmidt wird unter Anerkennung seiner bisherigen Dienstführung unter Abstimung in abgekürzter Form bezüglich dieser Rechnung das Absolutorium erteilt.

Hierauf kündigt der Abg. v. Feder an, daß er eine Motion über Abänderung verschiedener durch die neuerliche Entwicklung unserer öffentlichen Zustände unbillig gewordenen Bestimmungen der Wahlordnung stellen werde.

Der Präsident schließt die Sitzung mit dem Anfügen, daß die Landtags-Verhandlungen vor Mitte Januar nicht wieder aufgenommen werden können; während dieser Zeit werde aber die Budgetkommission die Berichte der betreffenden Regierungsvorlagen vorbereiten.

Karlsruhe, 9. Dez. Die Verhandlungen der Ersten Kammer, welche durch die ausführlich begründete Interpellation des großh. Geh. Rathes Bluncks über den Rücktritt des Hrn. v. Roggenbach aus dem Staatsministerium und die daran sich anschließende Diskussion ein besonderes Interesse bieten, endeten erst gegen 3 Uhr. Dies und die Ueberhäufung mit anderem Stoff hindert uns, heute schon einen Bericht zu bringen, den wir in einem Extrablatt möglichst bald nachtragen werden.

Deutschland.

Karlsruhe, 9. Dez. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin ist heute Nachts wieder hieher zurückgekehrt. Höchstdieselbe hat Seine königliche Hoheit den Großherzog am Donnerstag Abend in, auf erfreulichste Weise fortgeschrittenem Wohlfinden zu Bevey verlassen, Nachtquartier in Neuchatel genommen und, nach mehrstündigem Aufenthalt in Basel, dort gestern Abend mit dem letzten Zug die Rückreise hieher angetreten.

Karlsruhe, 9. Dez. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 57 enthält (außer Personalnachrichten):

1. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachungen des großh. Ministeriums des Innern: a) Verordnung: Die Abhaltung von Tanzbelustigungen betreffend. Dadurch wird auf Grund der §§ 60, 61 und 134 des Polizeistrafsatzbuchs verordnet:

§ 1. Wirthe, welche öffentliche, d. i. solche Tanzbelustigungen abhalten wollen, zu denen Jedermann, sei es gegen oder ohne Eintrittsgeld, Zutritt hat, bedürfen hiezu der Erlaubniß des Bezirksamtes, welche bei diesem in Städten mit bestlicher Staatspolizei unmittelbar, in andern Gemeinden durch Vermittlung des Bürgermeisters nachzusuchen ist.

§ 2. Diese Erlaubniß soll, wenn nicht besondere Gründe entgegenstehen, nicht verweigert werden: 1) anlässlich der Feier des Geburtstages des Großherzogs; 2) an dem Kirchweihfeste; 3) an der Fastnacht; 4) bei herkömmlichen Tänzen zur Ernte- und Herbstzeit.

§ 3. Die Tanzerglaubniß wird in der Regel nur für einen Tag erteilt.

Ausnahmen können außer an der Kirchweih und Fastnacht nur bei ganz besondern Veranlassungen gestattet werden.

§ 4. Die Tanzbelustigungen dürfen an Sonn- und Feiertagen nicht vor drei Uhr des Nachmittags beginnen. Sie sollen in der Regel nicht über die festgesetzte Polizeistunde ausgedehnt werden. Ausnahmen von letzterer Vorschrift sind bei besondern Anlässen gestattet, nament-

lich: 1) in den Fällen des § 2, 1-4; 2) an dem Sylvesterabend; 3) bei Bällen in Städten; 4) bei Hochzeiten.

§ 5. Öffentliche Tanzbelustigungen dürfen nicht stattfinden: 1) an den Sonntagen in der Fasten- und Adventszeit; 2) während der Charwoche; 3) am Ostermontag, Pfingstsonntag, und am ersten Christtag; 4) in Orten, in welchen die katholische Konfession allein Pfarrrechte hat, am Frohnleichnamstag; 5) in Orten, in welchen die evangelische Konfession allein Pfarrrechte hat, am Fuß- und Bettag.

§ 6. Die Vorschriften des § 5 finden auch auf Tanzbelustigungen geselliger Vereine und geschlossener Gesellschaften Anwendung. Sofern dieselben beabsichtigen, Tanzbelustigungen in öffentlichen Wirthehäusern abzuhalten, so haben die Wirthe dem Bezirksamte vorher Anzeige zu machen und die etwa nöthige Verlängerung der Polizeistunde zu erwirken. Hochzeitsfeste in Wirthehäusern, welche sich auf die von dem Hochzeitspaar besonders geladenen Gäste beschränken, werden den Tanzbelustigungen geschlossener Gesellschaften gleichgestellt.

§ 7. Wirthe, welche bei Tanzbelustigungen in ihren Wirthehäusern Unordnungen dulden oder unbefugter Weise öffentliche Tanzbelustigungen veranstalten oder den bei Ertheilung der Erlaubniß getroffenen Anordnungen zuwiderhandeln, kann unbefugter der gesetzlichen Strafen die Tazerglaubniß auch in den Fällen des § 2 verweigert werden.

b) Die Apothekerkonzession des Gustav Döll in Karlsruhe betreffend. 2) Bekanntmachungen des großh. Handelsministeriums: a) Die Errichtung einer Eisenbahn-Hochbau-Inspektion in Donaueschingen betreffend. b) Die Ausgabe eines Generalverzeichnis sämtlicher Entfernungen für die badischen Bahnen betreffend. 3) Bekanntmachungen des großh. Finanzministeriums: a) Die Serienziehung für die 80. Gewinnziehung des Lotterielebens von 14 Millionen Gulden in 35-jährigen Loosen vom Jahr 1845 betreffend. b) Das Ergebnis der im Oktober d. J. stattgehabten Prüfung der Kameral-kandidaten betreffend. Darnach sind von den Kameral-kandidaten, welche sich im Oktober d. J. der Staatsprüfung unterzogen haben, nachstehende zehn unter die Zahl der Kameralpraktikanten aufgenommen worden: Heinrich Wohlgenuth von Untergimpeln, Peter Welde von Weiblingen, Gustav Scherer von Freiburg, Heinrich Mampel von Kirchheim, Otto Roman von Karlsruhe, Otto Danner von Pforzheim, Karl Thiergärtner von Baden, Franz Bühler von Offenburg, Alfred Hasenrohr von Endingen, Robert Baumstark von Freiburg. c) Die Tilgung des auf 3/2-prozentige Obligationen aufgenommenen Eisenbahn-Anlehens von 1842 betreffend. d) Die Rückvergütung der Steuer von Brauntwein und Weingeist, welcher zur Bereitung von Essig oder Leuchtgas verwendet wird, betreffend.

II. Todesfälle. Gestorben sind: Am 6. v. M. der evang. Pfarrer Karl Rein in Nonnenweiler; am 10. v. M. der pensionirte Stabs-Pferdearzt Stahl in Karlsruhe; am 18. v. M. der großh. Oberamtsrichter Fr. Albert in Donaueschingen; am 20. v. M. der großh. Oberamtsrichter M. J. Beck in Tahr; am 23. v. M. der pensionirte Oberamtmann Bez in Baden; am 27. v. M. Kanzleirath Leopold Belloja in Mannheim.

Frankfurt, 8. Dez. Offizielle Mittheilung über die Bundestags-Sitzung vom 7. Dezember.

Die Bundesversammlung empfing ein Schreiben Ihrer Maj. der Königin von Spanien mit der Notifikation, daß die Infantin Maria Isabel, Gräfin von Paris, am 28. September zu Lissabon von einer Primigestraube entbunden worden, welcher in der Taufe die Namen Maria Amalia Luísa Elena beigelegt wurden. — Mit einem Berichte des Vorsitzenden der Kommission für Veranlagung einer deutschen Maß- und Gewichtsordnung ward der Entwurf einer solchen Ordnung nebst den Protokollen der Kommissionen vorgelegt und an den handelspolitischen Ausschuss abgegeben. — Ueber das Unterfückungsgeleise eines früheren Marinebeamten soll in einer spätern Sitzung abgehandelt werden. — Auf eine früher überreichte Beschwerde des Dr. Rippe zu Rosock wegen gehemmter Rechtspflege beschloß die Bundesversammlung, den Anträgen ihres Ausschusses gemäß, die großh. Regierung von Weidenburg-Schwerin um eine Rückübertragung über jene Beschwerde zu ersuchen. — Schließlich nahm die Bundesversammlung mehrere Privateingaben entgegen.

Aus der bairischen Pfalz, 7. Dez. (Fr. J.) Seit 8 bis 10 Tagen tritt die Cholera in den uns benachbarten französischen Departementen hier und da mit Heftigkeit auf. In dem kleinen, 2000 Einwohner zählenden Ort Raon l'Étape, am Fuß der Vogesen, sind bereits 11 Personen an der Cholera gestorben. In Nancy, Lunéville, Baccarat und vielen andern Orten herrscht nach Briefen, welche wir von dort erhalten, große Sorge vor dem Umsichgreifen der bedenklichen Krankheit.

Darmstadt, 8. Dez. (Fr. J.) In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer legte Ministerialrath v. Biegeleben einen Gesetzentwurf über die Gewerbesteuer und einen über die Gebäudesteuer, die von den seit her bestehenden Gesetzen nur durch weniger wichtige Abänderungen differiren, vor. Der Präsident verliest hierauf ein Schreiben des Ministeriums des Innern, worin unter Andern 26,000 fl. zur Aufbesserung der Minimalgebälte der Geislichen beider christlichen Konfessionen, 1500 fl. für Baununternehmer Anwandt zu Döpenheim als Entschädigung für seine beim Bau der Landes-Irenanstalt in Heppenheim erlittenen Verluste angefordert werden. Ferner wird die Bewilligung der Kammer um Abschaffung von 24 Gendarmen zu Pferd, und um Substituierung von 42 Gendarmen zu Fuß nachgesucht, und um eine Erhöhung der Dotation der Zentralstelle für Landwirtschaft von 8000 auf 12,000 fl. gebeten.

Wiesbaden, 7. Dez. (Fr. J.) In heutiger öffentlicher Sitzung der Zweiten Kammer hat die Regierung die wegen Regulierung der Postverhältnisse vorgelegten Verträge mit dem Fürsten von Thurn und Taxis zurückgezogen, weil für dieselben keine Aussicht auf Genehmigung der Kammern gewesen sei. Die Postfrage wird übrigens debattirt, und es haben bis jetzt die Abg. Raft (Berichterstatter), Ruß und Braun gesprochen. Regierungskommissär v. Heimbach wünschte Unterlassung der Diskussion, weil die Vorlage zurückgezogen sei. Die Kammer ging auf diesen Wunsch nicht ein.

Hofock, 5. Dez. (H. N.) In der gestrigen Sitzung der hiesigen Bürgerrepräsentation ist die an den Söhnen hiesiger Bürger auf Anordnung des Senators Dr. Bland vor einigen Tagen vollzogene körperliche Züchtigung zur Sprache gekommen. Beide repräsentirende Kollegien haben an den Rath das Ersuchen gerichtet, daß ihnen die Akten über diese Angelegenheit vorgelegt, und gegen den Senator Dr. Bland eine Unterfückung eingeleitet werde. Damit ist zugleich der weitere Antrag verbunden worden, dem städtischen Landtags-Deputirten die Instruktion zu erteilen, daß er energisch auf Beseitigung der Prügelstrafe wirken möge. Die Stimmung in der Bürgerschaft ist fortwährend eine sehr aufgeregte.

Hamburg, 8. Dez. Eine Flensburger Korrespondenz der „Hamburg. Nachr.“ meldet, das schleswig'sche Appellationsgericht habe das vor einiger Zeit vom Flensburger Magistratsgericht gegen die Verreiber der auf Nordfriesland bezüglichen Adresse an den Kaiser der Franzosen gefällte Erkenntniß, das theilweise auf Festungshaft lautete, in der Hauptsache aufgehoben, die Inkulpation jedoch in die durch ihr Gebahren veranlaßten Untersuchungskosten verurtheilt.

Kiel, 4. Dez. Heute Abend fand eine Versammlung des schleswig-holsteinischen Vereins statt, über welche die „Nordb. Ztg.“ berichtet:

Auf der Tagesordnung befand sich „Geschäftliches, Bericht über die Lage des Landes und die Zeitungsfrage.“ Das Geschäftliche erledigte Hr. Schlichting, und es dürfte aus demselben weiter nichts hervorzuhoben sein, als daß von ihm das Bismarckverthe der Bildung von Lokalkomitees zur Unterfückung der gemäßigten Beamten ausgesprochen wurde. Ueber die „Lage des Landes“ erstattete Hr. v. Neergaard Bericht. Wir haben aus diesem Bericht Nachstehendes in Kürze hervor: Als vor 3 Monaten die Gasteiner Vereinbarung in's Leben trat, bildeten sich sofort zwei Meinungen, sowohl hier zu Lande, wie in Deutschland. Die eine dieser Meinungen ging dahin, daß nunmehr Schleswig so gut wie annektirt sei, und daß Holstein gegen eine Abfindungsumme an Oesterreich abzutreten nachfolgen werde; die andere Meinung aber habe die Gasteiner Vereinbarung für einen Rückschritt Preußens auf der bereits betretenen Bahn gehalten. Die Zeit, welche seit der Gasteiner Vereinbarung verfloßen, habe diese Meinungen immer mehr und mehr geklärt und gezeigt, daß Preußen nicht nur nicht vorwärts, sondern wirklich rückwärts gegangen sei. Hr. v. Neergaard zog dann eine Parallele zwischen der Regierung des Gouverneurs von Mantuffel und des Statthalters in Holstein, und wies darauf hin, daß namentlich das Verbot der drei „guten“ Zeitungen ein Zeichen der Schwäche der preussischen Regierung sei. Es sei freilich nicht zu verkennen, daß das jetzige Regiment in Schleswig eine dumpfe Stimmung erzeugt habe; allein die Stimmung im Herzogthum Schleswig sei nichtbedeutender eine gute, davon habe er sich auf seiner letzten Reise vollständig überzeugt. Es frage sich aber doch, was unserselbst zu thun sei, um diese gute Stimmung zu erhalten. Der Redner war der Meinung, daß, obwohl Preußen und Oesterreich die Einberufung der Stände vor der Hand abgelehnt hätten, man doch auf Einberufung bestehen müsse. Diese Meinung fand in der Versammlung; Abvokat Feilmann versprach sich von den jetzigen Ständemitgliedern eben nicht viel. Nach der Rede des Hrn. v. Neergaard besprach Dr. v. Maack die „Zeitungsfrage“. Die drei verbotenen Zeitungen hätten eine bedeutende Einbuße durch das Verbot erlitten, und es sei nicht nur wünschenswert, sondern sogar nothwendig, daß der Verlust durch das Volk gedeckt werde. Reimünster sei bereits vorgegangen, auch aus andern Orten des Landes seien Berichte eingegangen, die die Bereitwilligkeit dazu an den Tag legten. Es wurde sofort ein Subskriptionsbogen ausgelegt, und mehrere Exemplare der verbotenen Zeitungen befreit. Daß auch die „nicht guten“ Zeitungen zur Sprache kamen, versteht sich von selbst. Es wurde auf den nahe bevorstehenden Quartalschluß hingewiesen, mit dringender Ermahnung an die Anwesenden, nicht zu abnöttern.

Berlin, 7. Dez. Man schreibt dem „Frk. Journ.“: Das preussische Rundschreiben an die Zollvereins-Staaten wegen Abschlußes eines Handelsvertrags mit Italien, von dessen bereits erfolgtem oder nächstens zu erwartendem Erlaß die „Köln. Ztg.“ schon telegraphisch unterrichtet worden, existirt gar nicht. Es fehlt auch zur Zeit noch an jedem Anlaß zur Absendung eines solchen Schriftstücks. Eine Ermächtigung, Verhandlungen über einen für den Zollverein abzuschließenden Vertrag zu eröffnen, bedarf die preussische Regierung überhaupt nicht. Sie eine solche vorher ertheilen zu lassen, mag ein Gebot der praktischen Klugheit sein, wo es sich um verwickelte Verhandlungen über Tariffragen, um die Wahrung von Interessen der Einzelstaaten handelt. Hier liegt der Fall anders. Italien hat durch eine ganze Reihe von Verträgen seine Handelsverhältnisse mit dem Ausland bereits zu einem festen System geordnet. Für den Zollverein handelt es sich nicht darum, dieses System durch Erlangung besonderer Tarifs- oder anderer Begünstigungen zu durchbrechen; denn er besitzt keinen Artikel, den er vorzugsweise vor den anderen großen Handelsnationen nach der Halbinsel einführt, und für den aus Zollvereinförderungen zu bringen er daher mehr Ursache hätte als diese. Er hat vielmehr dahin zu streben, an den, anderen Nationen bereits eingeräumten Vortheilen Theil zu nehmen, um mit ihnen auf dem italienischen Markt in freie Konkurrenz zu treten. Dem Zollverein diese Vortheile zu gewähren, hat sich Italien bereit erklärt, wenn die einzelnen Mitglieder desselben einen nach dem Muster des englischen entworfenen Vertrag mit dem neuen Königreich zu unterzeichnen und zu ratifiziren sich bereit erklären. Zu weitläufigen Verhandlungen ist daher gar kein Stoff vorhanden, sondern Preußen wird seiner Zeit nur seinen Zollverbänden die Frage vorzulegen haben, ob sie in das zwischen Italien und den übrigen Haupthandelsstaaten bestehende System in der von Italien gewünschten Form eintreten wollen oder nicht. Dabei können immer noch Einzelwünsche, welche das Prinzip der bereits abgeschlossenen Verträge nicht verletzen, nachträglich berücksichtigt werden. Zu der falschen Nachricht von dem Rundschreiben haben wahrscheinlich einige Klugeurungen über die nun gesteigerte Hoffnung auf den Abschluß eines Handelsvertrags Anlaß gegeben, welche in den Rückantworten auf die von Bayern und Sachsen hieher ergangene

Meldung der bevorstehenden Anerkennung Italiens einen Platz gefunden haben.

Berlin, 8. Dez. Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt heute: „Die durch die Zeitungen verbreitete Nachricht von der Entwendung wichtiger Papiere bei dem Geh. Rath Samwer erweist sich, namentlich was den Antheil preussischer Offiziere oder Beamten betrifft, als eine Augustenburgerische Lüge.“ Näheres zur Begründung dieser Versicherung fügt die „Kreuz-Ztg.“ nicht bei.

Italien.

* **Florenz, 7. Dez.** Die H. Crispi, Depretis und Deluca sind heute zu Vizepräsidenten der Deputirtenkammer gewählt worden. Morgen wird für den vierten Vizepräsidenten eine Ballotage zwischen den H. Pisanelli und Restelli vorgenommen werden.

* **Napel, 3. Dez.** (Köln. Ztg.) Der Erlaß des Oberbürgermeisters, welcher die Begleitung des Sacraments beim Herannahen durch die Straßen mit Schellen und Fackeln verbietet, hat bei den Geistlichen böses Blut gemacht. Sie haben gemeinschaftlich einen Protest an den Oberbürgermeister gerichtet. Da die Ausführung der Ordinnanz der Nationalgarde, der Volksgemeinschaft und besonders den Carabinieri anvertraut ist, so scheint die bisherige Nichtachtung derartiger städtischen Verordnungen diesmal nicht angehen zu wollen. In der That ist ein Pfarrgeistlicher, der der Verordnung zum Trotz einen solchen Aufzug nach der alten Weise veranstaltete, mit seinem ganzen Gefolge von Schellen- und Fackelträgern verhaftet worden. — Nachdem bereits vor einigen Wochen der Prozeß gegen die reichen Gutsbesitzer von Campagna als Heferscher (manutengoli) der Bande des Giardullo von dem Militärgericht zu Salerno mit Verurtheilung Mehrerer derselben zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe erledigt worden, ist nunmehr am 30. Nov. auch das Urtheil gegen den Bandenführer, sowie seine Räuber- und Mordgesellen und die der Bande angehörigen Weibspersonen gefällt worden. Giardullo und zwei seiner blutdürstigsten Schandgenossen sind zum Tode verurtheilt und am selben Tage nach Campagna zur Vollstreckung des Urtheils abgeführt worden. Eine andere, ebenfalls durch ihre Blutschand verhängte Räuberbande ist am 27. Nov. in Lagonero, von der Nationalgarde unterstützt, von Truppen und Carabinieri unschädlich gemacht worden. Der Anführer selbst, Antonio Franco, mit seinem Keksweibe und einige Briganten sind lebendig in ihre Hände gefallen. — Die vor einiger Zeit auf der Poststraße nach Foggia von den Räubern aufgefangenen Reisenden sind nunmehr gegen Auszahlung eines bedeutenden Lösegeldes in Freiheit gesetzt worden. Dagegen befindet sich der Sohn des reichen Fabrikanten zu Salerno, Hrn. Wenner, noch immer in den Händen der Räuber, die sich mit der von der Familie des Gefangenen angebotenen, nicht unansehnlichen Summe nicht haben abfinden lassen wollen. — Die Cholera ist beinahe gänzlich verschwunden. Die Bulletins bringen höchstens noch 1 bis 2 Tode per Tag. Eines der letzten Opfer derselben war der Bourbonische Geminister Rosica, der seiner Zeit dem Ministerium Filangieri angehörte.

Frankreich.

* **Paris, 8. Dez.** Das „Pays“ meldet, daß der Fürst und die Fürstin von Hohenzollern heute um drei Uhr mit einem Separatzug nach Compiègne abgegangen sind. — Der „France“ zufolge werden der König und die Königin von Portugal erst morgen in Compiègne eintreffen. Dagegen wird von anderer Seite versichert, daß der König wegen des bedenklichen Zustandes des Königs der Belgier neuerdings wieder seinen Reiseplan geändert habe und nicht nach Compiègne gehen, sondern später in Paris dem Kaiser seinen Besuch abstatten werde. — Man schreibt der „Patrie“ aus Toulon, daß die kürzlich erst fertig gewordene Panzerkorvette „Bellouense“ dazu bestimmt ist, sich nach der Küste Ghil's zu begeben. Sie ist, wie es heißt, dazu bestimmt, die Flagge desjenigen Generaloffiziers zu tragen, welcher an der Stelle des Contreadmirals Mazères als Kommandant der französischen Expedition nach dem Stillen Ozean gehen wird. — Die Königin Emma der Sandwichsinseln ist auf der Reise nach Hyères durch Paris gekommen.

Der „Liberté“ zufolge glaubt man jetzt die Motive der Reise des mexikanischen Gesandten, Hrn. Hidalgo, nach seiner Heimath zu kennen. Der Kaiser Maximilian nämlich soll ihn zu sich gerufen haben, um ihm genaue Instruktionen bezüglich einiger Meinungsveränderungen zu geben, die sich zwischen der französischen und der mexikanischen Regierung erhoben hätten. — Der „Temps“ bringt folgende Nachricht, die ihm als Postscriptum eines Schreibens seines bekannten Korrespondenten, Hrn. A. Erban, zugeht: „Ich erfahre in diesem Augenblick, daß die päpstliche Regierung Angesichts der bedenklichen Finanz- und Münzfrage in den letzten Tagen in Paris eine Anleihe von 9 Millionen Scudi (45,000,000 Fr.) abgeschlossen hat. Einfluß erster Ordnung haben sich vereinigt, um dem heil. Vater diese Operation zu erleichtern. Gestern, den 1. Dezember, ist die Nachricht des Abschlusses telegraphisch gemeldet worden.“

Die Cholera scheint sich jetzt nach den östlichen Departementen wenden zu wollen. Der „Espérance von Nancy“ schreibt man aus Nancy: „Etape im Vogesen-Departement, daß daselbst in der Nacht vom 25. auf den 26. Nov. 9, von Sonntag bis Dienstag 10, von Dienstag bis Freitag 7 Personen gestorben sind. Allein schon am darauf folgenden Sonntag kam nur Ein Todesfall vor. — Wie der „Asiacien“ meldet, sind zwei junge Mediziner der Straßburger Fakultät zur Pflege der Kranken nach Raon-l'Étape gegangen. — Nente 68.90, Cred. mob. 885, ital. Anl. 65.25.

Spanien.

* **Madrid, 7. Dez.** Die „Correspondencia“ sagt, es sei möglich, daß der Hof am 13. oder 15. Dez. nach Madrid zurückkehren werde. Dasselbe Blatt dementirt die in Umlauf gesetzten schlimmen Nachrichten über die Gesundheit der Königin.

Belgien.

Brüssel, 7. Dez. (Köln. Ztg.) Dr. Jenner ist gestern vom König empfangen worden. Der Ausspruch des englischen Arztes, der bereits nach London zurückgekehrt ist, hat in den höchsten Kreisen einen schwachen Hoffnungschimmer zur Folge gehabt, indem Dr. Jenner, ohne den Ernst der Lage zu verkennen, dieselbe dennoch für „nicht gänzlich verzweifelt“ erklärt hat. Heute erzählt man, der Zustand des Königs habe sich ein wenig gebessert; die Geschwulst und die Beklemmung der Respirationorgane haben abgenommen; indessen ist man der Dysenterie noch nicht Meister geworden und die Entkräftung dauert fort. Die Abendnachrichten über das Befinden des Königs lauten wieder unbefriedigend. Vorgefunden hat sich Se. Majestät eine vollständige Mahlzeit nebst Wein, wie zu gesunder Zeit, serviren lassen, jedoch die aufgetragenen Schüsseln kaum berührt. Gleichzeitig verlangte der Kranke nach Gothaer Weinstock, und da in der ganzen Stadt dieses Gothaer Gewächs authentisch nicht aufzutreiben war, so mußte es durch den Telegraphen aus Deutschland selbst verschrieben werden. — In der Kammer hat Dr. Guillery heute seinen Gesetzentwurf auf Herabminderung des Wahlens für Gemeinde und Provinz (mit der Bedingung, lesen und schreiben zu können) in längerer Rede entwickelt. Wie ich Ihnen bereits meldete, hat der Entwurf, welcher an die Abtheilung verwiesen wurde, nur geringe Aussicht auf Unterstützung Seitens der Regierung und auf Genehmigung Seitens der Majorität.

Großbritannien.

* **London, 7. Dez.** Bei der Ankündigung, daß die Königin in die Parlamentssession in Person zu eröffnen gedenke, war von einigen Abweichungen die Rede, welche in dem überkommenen Ceremoniel stattfinden würden. Diese Abweichungen bestehen darin, daß die Königin statt in der alten ungeschlagenen Staatskutsche in einem Wagen moderneren Ursprungs zum Westminsterpallast fahren wird, daß die Staatsgewänder nicht von Ihrer Majestät getragen, sondern nur auf den Thron hingelegt werden, daß endlich die Thronrede statt von der Königin selbst von dem Lordkanzler verlesen werden wird.

Ueber den zweiten Fenter hat die Jury in Dublin den Stab gebrochen und der Richter das Strafurtheil gefällt. Wie sein ihm ins Zuchthaus vorangegangener Wittstrebender Luby, ist der Herausgeber des „Blades“, „The Irish People“, John O'Leary, zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurtheilt worden. Als die Geschworenen nach zweistündiger Beratung ihr Schuldig ausgesprochen hatten, erhielt O'Leary das Wort zu einer Ansprache. Ueber das Verdict — sagte er — sei er nicht verwundert; denn die Regierung habe sich schon eine Jury zusammenzubringen gewußt, die ihr jeden Gefallen thun würde. Wenn er selbst aus so unbedeutende Beweise hin verurtheilt worden sei, so werde die Regierung ein leichtes Spiel mit der Verurtheilung aller übrigen Angeklagten haben. Indem er auf den Kronanwalt als „jenen elenden Menschen“ hindeutete, erklärte O'Leary moralisch gemeuchelt worden zu sein. Dante habe den Verräthern den neunten Kreis seiner Hölle angewiesen; aber Dante habe den Verräther als einen Menschen bestimmt, der seinen König, sein Vaterland, seine Freunde und seine Wohlthäter verrathe. Was ihn betreffe, so sei er kein Verräther, denn England sei nicht sein Heimathland; was das Blutvergießen und die Zerstörung von Eigentum betreffe, so sei das die nothwendige Folge aller Revolutionen und Kriege; die Leute aber, welche das Land aufwühlten, seien nicht Rebellen, sondern Agitatoren. Hampden und Elliot seien Verräther, Jeffreys und Norbury loyale Männer gewesen. Man darf wohl annehmen, daß die Strafgefangenen noch vor Ablauf der Hälfte ihrer Strafszeit der Freiheit wiedererlangen werden, wenn anders die Gestalt der Zustände Irlands eine solche Milderung des Urtheils rathsam erscheinen läßt. — Heute sitzt eine andere Jury über Moore, welcher der Anfertigung von Lanzenspitzen für revolutionäre Zwecke beschuldigt ist, zu Gericht.

* **Wexford (Irland), 7. Dez.** Abends. Das Paketboot „Bahadian“ hat Schiffbruch gelitten. Das Schiff ist verloren. Die Post ist gerettet. Der Kapitän, die Mannschaft und ein Passagier sind ertrunken.

Amerika.

* Der kleine „Moniteur“ theilt Nachrichten aus Mexiko vom 9. und Veracruz vom 12. Nov. mit. Die Kaiserin hat mit zahlreichem Gefolge die Reise nach Yucatan angetreten; sie befand sich am 9. in Puebla. Der belg. und der span. Gesandte, sowie General Urugu befanden sich unter ihren Begleitern. Wendez, der jetzt vom Obersten zum General avancirt ist, hat abermals bei und in Morelia die Dissidenten geschlagen, unter denen große Entmutigung und Zerrissenheit herrschen soll. In Guanajuato wurde eine Bande von 80 Reitern von den Leuten von San Felipe und aus den umliegenden Haciendas mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Zwei, die nicht im Kampfe gefallen waren, wurden nachträglich erschossen. Vor Matamoras sind die Dissidenten mit einem Verlust von 217 Todten und 67 Gefangenen zurückgeschlagen worden.

Baden.

* **Mannheim, 9. Dez.** In ehrenvollen Ruhestand versetzt, wird Hr. Stadtschreiber Koch die hiesige Gemeinde verlassen, welcher er stets ein liebevoller, sorgsamer und unermüdeter Selsorger war. Die allgemeine Achtung, welche ihm mit den besten Wünschen für Wiederherstellung seiner Gesundheit folgt, wird noch gemehrt durch den Rückblick auf die letzte Dienstzeit, in welcher schwere Erkrankung den würdigen Mann nicht abhielt, die Konfirmation seiner Ratschamnen vorzubereiten und vorzunehmen. — Dem Beispiel der Heilung der Konkordienkirche ist man auch in der Trinitatiskirche gefolgt, und es hat dieselbe letzten Sonntag ihre Probe vollkommen bestanden. Wer bedenkt, wie viele Erkrankungen aus Erkältungen in der Kirche sich zurückführen lassen, gibt gewiß der neuen Einrichtung freudig seine Zustimmung.

Der hiesige Kunstverein hat schon wieder eine kleine Ausstellung bereit, die nächsten Sonntag eröffnet werden wird. Dieselbe hat zunächst die Aufgabe sich gestellt, Proben des Kunstgewerbes, wie es sich am Schluß des Mittelalters und beim Beginn der Neuzeit in Deutschland so prächtig entfaltete, zur Anschauung zu bringen. Diesen Zweck vermitteln die photographischen Abbildungen bezüglicher Kunstwerke durch die Anstalt des Germanischen Nationalmuseums zu Nürnberg, und werden voraussichtlich nicht verfehlen, die Theilnahme der Einwohnerschaft für diese Nationalanstalt, für welche Mannheim sich in hervorragender Weise werththätig interessiert, zu erhalten und zu erhöhen.

Dieser Ausstellung hat in dankenswerther Weise Frau. Marie Schenk zwei Gemälde, ein weibliches Porträt und eine Madonna, angeschlossen, über welche wir bei nächster Gelegenheit berichten zu können hoffen.

Bermischte Nachrichten.

— Nach der „Halb. Ztg.“ wird der Zustand in Hebersleben alle Tage trostloser. Es waren nämlich in voriger Woche einige Trichinenranke so weit genesen, daß sie das Zimmer verlassen durften; sie sind dann aber wieder krank geworden und an der Lungenlähmung plötzlich gestorben. Die Zahl der an der Trichinenkrankheit in Hebersleben und Umgegend Gestorbenen beträgt nun 65, und ist gar nicht gut abzusehen, wie groß die Zahl noch werden wird; zwischen 70 und 80 Baisien sind schon vorhanden. In der Arbeiterkaserne sind in dieser Woche noch 4 gestorben, so daß von den 27 Kranken nun 24 todt sind. Netzte kommen von allen Seiten her, um sich die Zustände anzusehen; so waren am Donnerstag 21 Doktoren in Hebersleben, von Leipzig, Prag und sogar aus Wien; auch der Oberpräsident der Provinz ist aus Magdeburg hier gewesen. Noch in dieser Woche sind wieder einige neue Erkrankungen vorgekommen. Das übrige unter den Erkrankten diejenigen am besten davontommen, welche bald nach dem Genuß des trichinösen Fleisches zum heftigen Erbrechen kamen, beweist eklatant ein Fall: Die Hebamme in Hebersleben hatte ihrem Sohn, der auf der Zuckerfabrik arbeitet, an jenem Tage von dem Bratwursthäufchen auf Semmel gestrichen; dies hat er nachher verzehrt, bald darauf aber heftiges Erbrechen bekommen, und ist seitdem frisch und munter, während seine Mutter, die nur mit einem Stück Semmel den Teller, auf welchem jenes Fleisch gelegen, abgewischt und dies genossen, aber sich nicht erbrochen hat, noch heute, wenn auch gerade nicht schwer, krank liegt. Uebrigens laufen schon jetzt von allen Seiten milde Beiträge zur Linderung der Noth ein; so sind in voriger Woche aus Magdeburg über 200 Thlr. und aus Queblinburg ca. 215 Thlr. abgeliefert; in letzterer Stadt haben sich Einzelne mit 25 Thlr. an der Sammlung betheiliget.

— **Berlin, 8. Dez.** (W. L. Z.) Das Kriminalgericht verhandelte heute zum ersten Mal die Anklage auf Beleidigung und Verleumdung des Kaisers Napoleon III. gegen den hiesigen Buchhändler Melesdorff als Verleger des „Revue des Deux Mondes“: „Vie du nouveau César.“ Der französische Botschafter beantragte Verurteilung. Auf Einwand der Beleidigung beschloß jedoch der Gerichtshof, erst auf diplomatischem Wege festzustellen, ob zur Zeit der Erscheinung des genannten Werkes nach französischen Gesetzen Beleidigungen auswärtiger Monarchen mit Strafe bedroht waren und jetzt noch sind.

— In Berlin ist der Preis des Schweinefleisches — in Folge der Verknappung von Trichinenkrankheit — in den letzten Tagen um 3/4 Sgr. per Pfund gefallen.

— Hr. v. Hasencamp in Königsberg ist seit kurzer Zeit der dritte Redakteur, welchem die dortige Staatsanwaltschaft die Führung einer Redaktion unmöglich gemacht hat. Hr. v. Hasencamp befindet sich bekanntlich in Haft. Dr. Minden, Redakteur der „Montags-Zeitung“, leistet ihm Gesellschaft, und Hr. Dumas, Redakteur des „Verfassungsfreundes“, bildet den Dritten in dem geschlossenen Band. Die beiden letzteren Zeitungen haben den fortgesetzten Beschlagnahmen und Verurteilungen nicht widerstehen können. Die „Montags-Zeitung“ hat überhaupt nur 15 Monate bestanden und ihrem Redakteur, Dr. Minden, 15 Monate Gefängnisstrafe eingebracht — für jeden Monat Redaktion einen Monat Gefängnis.

— Welcher Günst sich Hebel's Altemannische Gedichte in Holland erfreuen, mag man daraus abnehmen, daß eine niederländische Uebersetzung derselben, bewerkstelligt von einem Hrn. J. Doyer, dieser Tage die zweite Auflage erlebt hat — in Holland selbst bei einheimischen Gedichten ein seltener Fall.

Marktpreise.

Karlsruhe, 9. Dez. Auf dem hiesigen Fruchtmarkt am 6. Dez. wurden zu Mittelpreisen verkauft: 5750 Pfd. Haber, per 100 Pfd. 3 fl. 33 kr. Eingekauft wurden 1560 Pfd. Durchschnittspreis von Wehl per 150 Pfd.: Runkelwehl Nr. 1 14 fl. — fr.; Schwingwehl Nr. 1 13 fl. — fr.; Wehl in drei Sorten 10 fl. 15 kr.

In der hiesigen Wehlhalle blieben aufgestellt: 50,130 Pfd. Wehl. Eingeführt wurden vom 30. Nov. bis 6. Dez.: 220,209 Pfd. Wehl. Davon verkauft: 270,339 Pfd. Wehl. 205,060 Pfd. Wehl. Blieben aufgestellt: 65,279 Pfd. Wehl.

In Folge unseres Auftrags ist für die Abgebrannten in Königsbach bei uns weiter eingegangen: Von der Handlung Christian Riempp hier 10 fl., von H. 1 fl. 45 kr., von S. v. G. 2 fl.; zusammen 257 fl. 34 kr.

Zur Annahme weiterer Geldbeträge sind wir bereit. Karlsruhe, den 9. Dezember 1865. Expedition der Karlsruher Zeitung.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

8. Dez.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28° 46"	+ 0,5	N.D.	ganz bew.	trüb, frisch, Nebel
Mittags 2 „	44 „	+ 2,5	„	„	„
Nachts 9 „	44 „	+ 2,5	„	„	„

Verantwortlicher Redakteur: Dr. S. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 10. Dez. 4. Quartal. 138. Abonnementsvorstellung. **Lohengrin**; große Oper in 3 Akten, von R. Wagner.

Dienstag 12. Dez. 4. Quartal. 139. Abonnementsvorstellung. **Verirrungen**; Schauspiel in 5 Akten, von Eduard Devrient.

